

1 **Resolution**

2 **Antragsteller: Landesvorstand**

3 **Bildungspolitischen Stillstand beenden – für echte Verbesserungen**
4 **gegen schleichende Verschlechterungen**

5
6 Seit 2009 bescheinigten zahlreiche Bildungsstudien dem Saarland große Fortschritte im Bereich der
7 Bildungspolitik. Hierzu gehören mehr Bildungsgerechtigkeit, eine Steigerung der Leistungsfähigkeit
8 der Schulen sowie die wachsende Bedeutung der Bildung für den Wirtschaftsstandort Saarland. Im
9 deutschen Lernatlas 2011 der Bertelsmann Stiftung konnte ein guter sechster Platz erreicht werden. Im
10 Mittelstandsbarometer der Wirtschaftsberatungsgesellschaft Ernst und Young war das Saarland im
11 Januar 2012 „Aufsteiger des Jahres“. Eine solch positive Entwicklung wurde erreicht durch die
12 erfolgreiche Umsetzung zahlreicher Maßnahmen und Reformen im Schulbereich, die allesamt
13 durchgeführt werden konnten auf der Grundlage eines von uns Grünen ausgehandelten
14 Koalitionsvertrages, der der Bildungsfinanzierung durch die volle Ausschöpfung der demokratischen
15 Rendite absoluten Vorrang einräumte.

16 Dieser für das Saarland zukunftsweisende Weg wurde nach Bildung der Großen Koalition Schritt für
17 Schritt übergeleitet in einen so genannten Konsolidierungspfad zur Rettung der Eigenständigkeit des
18 Saarlandes, dem auch die Bildungspolitik Tribut zollen muss. Unter dem schönfärbenden Slogan
19 „Schulfrieden im Saarland“ wurden einerseits die von der Vorgängerregierung aus der demografischen
20 Rendite finanzierten fortschrittlichen Maßnahmen und Projekte auf Eis gelegt. Andererseits wurde
21 durch die Vereinbarung mit den Gewerkschaften zum Stellenabbau im Lehrerbereich die
22 Grundvoraussetzung dafür geschaffen, im Bildungs- und Schulbereich dringend notwendige Reformen
23 im Namen des „Schulfriedens“ zu beerdigen, um somit weitergehende Sparmaßnahmen im
24 Bildungsbereich durchführen zu können.

25
26 Der erkennbare Stillstand in der Bildungspolitik des Landes seit dem Regierungswechsel im Mai 2012
27 hat dazu geführt, dass notwendige Qualitätsverbesserungen in der Schule im Sinne von mehr
28 Systemgerechtigkeit, längerem gemeinsamen Lernen und Maßnahmen zur besseren Förderung aller
29 Kinder nicht mehr vorgenommen werden. Dem Lippenbekenntnis der Großen Koalition, die
30 finanziellen Spielräume durch die demografische Entwicklung zur Verbesserung der
31 Rahmenbedingungen in der Bildung zu belassen, stehen der Abbau von fast 600 Lehrerstellen in den
32 nächsten 6 Jahren, 15 bis 20 Schulschließungen im Bereich der Gemeinschaftsschulen, ein Stillstand
33 beim Ausbau der Lehrerfeuerwehr gegen Unterrichtsausfall, große Klassen sowie eine Blockade in
34 der Inklusionspolitik gegenüber.

35 Im Vergleich zur Bildungspolitik unter grüner Verantwortung ist heute entweder ein Stillstand
36 festzustellen, oder es sind darüber hinaus schleichende Verschlechterungen vorgenommen worden.

37
38 **Die Delegierten des Parteitages sprechen sich gegen die schleichenden Verschlechterungen in**
39 **der Bildung aus, fordern den Stillstand in der Bildungspolitik endlich zu beenden und**
40 **stattdessen echte Verbesserungen vorzunehmen. Notwendig dazu ist der Erhalt der**
41 **demografischen Rendite im Schulsystem zur Umsetzung folgender Maßnahmen:**

42
43
44
45

46 **1. Flächendeckender Ausbau des Kooperationsjahres Kindergarten – Grundschule**
47 **Statt 2 Stunden 4 Grundschullehrerstunden pro Woche**

48

49 Das Kooperationsjahr ist unter grüner Bildungsverantwortung mit bis zu 4 Lehrerwochenstunden
50 eingeführt worden und ermöglicht durch die Zusammenarbeit zwischen Grundschullehrkräften und
51 ErzieherInnen einen gleitenden Übergang vom Kindergarten in die Grundschule.

52 Eine wissenschaftliche Begleituntersuchung der HTW hat dem Kooperationsjahr einen großen Erfolg
53 bescheinigt. Die Landeselternvertretung der saarländischen Kitas hat das Kooperationsjahr sehr
54 begrüßt.

55 Bildungsminister Commercon hat die Zahl der Lehrerstunden im Kooperationsjahr von 4 auf 2
56 Stunden pro Woche gekürzt und setzt damit die Qualität des Projektes aufs Spiel.

57 **Wir lehnen eine solche Kürzung als „Kooperationsjahr light“ ab und fordern die Beibehaltung**
58 **von 4 Grundschullehrstunden für das Kooperationsjahr.**

59

60

61 **2. Änderung des Schulordnungsgesetzes zur Verhinderung von Schulschließungen –**
62 **Statt 2 Jahre 5 Jahre Entwicklungszeit für eine neue Schulform**

63

64 Unter grüner Bildungsverantwortung ist der Entwurf eines Schulordnungsgesetzes auf den Weg
65 gebracht worden, der den Schulträgern bei der Schulentwicklungsplanung mehr Mitsprache einräumt.
66 Betroffen sind in erster Linie die neuen Gemeinschaftsschulen. Anstelle der Zügigkeit als
67 Planungsgröße für den Erhalt eines Schulstandortes wurde eine Mindestschülerzahl vorgeschrieben.
68 Diese sollte allerdings erst nach Endausbau eines Standortes der Gemeinschaftsschule, d. h. nach fünf
69 Jahren, gelten.

70 Bildungsminister Commercon und die große Koalition haben das Schulordnungsgesetz so geändert,
71 dass bereits nach zwei Jahren eine Mindestschülerzahl für den Bestand einer Gemeinschaftsschule
72 zugrunde gelegt wird und somit auch eine Schließung erfolgen kann.

73 Wir lehnen eine solche Zeitverkürzung ab, da dies kleine Schulen gegenüber großen eklatant
74 benachteiligt und im Endeffekt zu vermeidbaren Schulschließungen führt. Auch aus Sicht der
75 Schulträger und des saarländischen Landkreistages ist die Zweijahresfrist zu kurz angesetzt.

76 **Wir fordern eine Änderung des Schulordnungsgesetzes mit dem Ziel, der neuen Schulform**
77 **Gemeinschaftsschule fünf Jahre Entwicklungszeit zu lassen bis eine endgültige**
78 **Standortentscheidung getroffen wird.**

79

80 **3. Flächendeckender Ausbau des Schulversuchs: Fördern statt Sitzenbleiben am Gymnasium in**
81 **den Klassen 5 und 6**

82 **Abschaffung der Versetzungsentscheidung in der Grundschule in den Klassenstufen 2 und 3**

83

84 Unter grüner Bildungsverantwortung ist seit dem Schuljahr 2011/2012 ein Schulversuch eingeführt
85 worden, der die Versetzungsentscheidung in den Klassen 5 und 6 an den Gymnasien aussetzt. Ein
86 Drittel der saarländischen Gymnasien beteiligen sich freiwillig an diesem Modellversuch, der mit
87 zusätzlichen Förderstunden für die Schulen ausgestattet wurde. Die Rückmeldungen aus den Schulen
88 sowie aus dem Projekt begleitenden LPM sind sehr positiv, so dass eine Ausweitung auf die Klassen 5
89 und 6 weiterer Gymnasien sinnvoll ist.

90 Darüber hinaus soll auch in der Grundschule durch eine Änderung der Zeugnis- und
91 Versetzungsordnung die Versetzungsentscheidung zwischen den Klassen 2 und 3 (zwischen Klassen
92 1 und 2 gibt es keine) wegfallen mit dem Ziel, durch eine neue Lern- und Förderkultur bessere

93 Leistungen zu erzielen. Nach wie vor soll aber ein freiwilliges Wiederholen einer Klassenstufe
94 möglich bleiben.
95 Bildungsminister Commercon hat gemeinsam mit der Großen Koalition sowohl eine Ausweitung des
96 Schulversuchs am Gymnasium als auch eine Änderung der Zeugnis- und Versetzungsordnung an
97 Grundschulen abgelehnt.
98 **Wir fordern den flächendeckenden Ausbau des Schulversuchs am Gymnasium in den Klassen**
99 **fünf und sechs sowie die Abschaffung des Sitzenbleibens in der Grundschule in den Klassen zwei**
100 **und drei.**

101
102

103 **4. Konsequente Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention in der Schule**

104 **Echte Inklusion im Bildungssystem durch Abbau von Förderschulen, insbesondere in den** 105 **Bereichen Lernen, Sprache und soziale Entwicklung**

106

107 Unter grüner Bildungsverantwortung sind wichtige Schritte zur Umsetzung der Inklusion in der Schule
108 bereits eingeleitet worden. Dazu gehören die Einrichtung des Schulversuchs „Inklusive Schule“ an 11
109 saarländischen Schulen mit entsprechender wissenschaftlicher Begleitung, die Einrichtung eines
110 Inklusionsbeirates und einer Lenkungsgruppe sowie die Einstellung eines Inklusionsbeauftragten im
111 Bildungsministerium. In Planung waren die notwendigen Rechtsänderungen zur Einführung eines
112 inklusiven Schulsystems.

113 Bildungsminister Commercon hat den Inklusionsbeauftragten aus grüner Regierungszeit erst einmal
114 entlassen und bis heute keine Nachbesetzung vorgenommen. Der Inklusionsbeirat hat bis heute ebenso
115 wenig getagt und eine Ausweitung des Schulversuchs „Inklusive Schule“ wird nicht vorgenommen.
116 Außerdem sind die zur Umsetzung der Inklusion und dem damit verbunden Elternrecht auf
117 Regelbeschulung ihrer Kinder notwendigen Rechtsänderungen bislang nicht erfolgt. Die Verlagerung
118 von lediglich 103 Förderschullehrkräften bis zum Schuljahr 2014/15 an die Grundschulen zur
119 Durchführung der Inklusion unter Verzicht auf die Überprüfung einer sonderpädagogischen
120 Förderbedürftigkeit der Kinder ist völlig unzureichend, da nicht an jeder der 164 Grundschule im Land
121 mindestens eine Förderschullehrkraft tätig sein wird.

122 **Wir fordern, zur Umsetzung der Inklusion ausreichende personelle Ressourcen zur Verfügung**
123 **zu stellen, um das saarländische Bildungssystem so zu verändern, dass der Aufbau von stärkerer**
124 **Teilhabe und der Abbau von Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen mit**
125 **Beeinträchtigungen gleich welcher Art erreicht werden können. Bei aktuell zurückgehender**
126 **Nachfrage erfolgt dazu ein schrittweiser Abbau der Förderschulen, insbesondere im Bereich**
127 **Lernen, Sprache sowie sozialer Entwicklung. Anstatt die Inklusion weiter auf die lange Bank zu**
128 **schieben, sind die dazu notwendigen schulrechtlichen Regelungen umgehend in die Wege zu**
129 **leiten.**

130

131 **5. Zügiger Ausbau der gebundenen Ganztagschulen an Grundschulen und an weiterführenden** 132 **Schulen - Klärung der Finanzierung von Schulsozialarbeiter notwendig**

133

134 Unter grüner Bildungsverantwortung sind erstmals seit mehr als 20 Jahren wieder im Saarland
135 gebundene Ganztagschulen eingerichtet worden. Das waren neben einer Grundschule auch
136 weiterführende Schulen. Bildungsminister Commercon und die Große Koalition bauen die
137 gebundenen Ganztagschulen ebenfalls schrittweise aus, setzen dabei aber einen Schwerpunkt im
138 Bereich der Grundschulen. Bei den weiterführenden Schulen ist die Frage der Finanzierung der
139 Schulsozialarbeiter weiterhin zwischen Land und Schulträgern strittig, was dazu führt, dass seitens der

140 Schulträger kaum Anträge gestellt werden. Von einem echten Wahlangebot für die Eltern zwischen
141 einer Halbtagschule und einer gebunden Ganztagschule sind wir noch weit entfernt. Zum weiteren
142 Ausbau der gebunden Ganztagschulen werden entsprechende Lehrerstellen und eine verlässliche
143 Finanzierung der Schulsozialarbeit benötigt. Beides steht zur Zeit nicht zur Verfügung.

144 **Wir fordern den zügigen Ausbau der gebundenen Ganztagschulen im Grundschulbereich und**
145 **an den weiterführenden Schulen durch die Bereitstellung der notwendigen Lehrerstellen und**
146 **damit einhergehend eine dauerhafte Finanzierung der für die Schulen wichtigen**
147 **Schulsozialarbeit.**

148
149

150 **6. Echte Gleichwertigkeit von Gemeinschaftsschule und Gymnasium endlich einleiten**

151

152 Unter grüner Bildungsverantwortung ist ein bundesweit richtungsweisendes Schulsystem im Bereich
153 der allgemeinbildenden weiterführenden Schulen, das sogenannte Zwei – Säulen – System, geschaffen
154 worden. Neben dem Gymnasium ist die Gemeinschaftsschule als weiterführende Schulform, an der
155 alle Abschlüsse bis zum Abitur nach 9 Jahren erworben werden können, eingerichtet worden. Die dazu
156 notwendige Verfassungsänderung wurde gegen die Stimmen der SPD im saarländischen Landtag
157 erreicht. Impliziert im Zwei – Säulen – Modell ist die Gleichwertigkeit der Säulen, die schrittweise
158 vollzogen werden muss, um die bestehenden Nachteile der Gemeinschaftsschule gegenüber dem
159 Gymnasium auszugleichen. Auf diese Notwendigkeit hat zwar die SPD immer hingewiesen und
160 letztendlich auch ihre Ablehnung der Verfassungsänderung mit der nicht vorhandenen
161 Gleichwertigkeit der Schulformen begründet. Bis heute aber haben Bildungsminister Commercon und
162 die Große Koalition dazu nichts Wesentliches in die Wege geleitet. In der Frage der Herstellung der
163 Gleichwertigkeit für beide Schulformen herrscht Stillstand. Offensichtlich diente die Forderung der
164 SPD in den Verhandlungen zur Verfassungsänderung lediglich als Blockadeargument.

165 **Wir fordern, die echte Gleichwertigkeit für beide Schulformen endlich einzuleiten und**
166 **schrittweise umzusetzen. Dazu gehören: gleiche Arbeitszeiten, gleiche Benotungssysteme, eine**
167 **vergleichbare Funktionsstellenstruktur und gleiche Versetzungsregelungen; mittelfristig gleiche**
168 **bzw. vergleichbare Prüfungsregelungen sowie eine Angleichung der Lehrerbesoldung.**

169

170 **7. Kleinere Klassen statt Abbau von Lehrerstellen**

171

172 Im Gegensatz zu Aussagen im Koalitionsvertrag der Großen Koalition, der für die Grundschulen eine
173 Klassenhöchstgrenze von 22 Kindern und für die Eingangsklassen der weiterführenden Schulen eine
174 Höchstgrenze von 25 Schülerinnen und Schülern festlegt, ist von Bildungsminister Commercon in der
175 Sommerpause eine neue Verordnung in Kraft gesetzt worden, die die neuen Werte für die
176 Klassenhöchstgrenzen festlegt. Danach beträgt die maximale Klassengröße (bis auf Hauptschulkurse
177 28) durchgängig an den Grundschulen und den weiterführenden Schulen 29 Schülerinnen und Schüler.
178 Das heißt, die im Koalitionsvertrag angekündigte Verkleinerung der Klassen wird von der großen
179 Koalition nicht umgesetzt. Dazu werden Lehrerstellen aus der demografischen Rendite gebraucht, die
180 zukünftig - anders als unter grüner Bildungsverantwortung – gestrichen werden und nicht mehr dem
181 Schulbereich zur Verfügung stehen.

182 **Wir fordern, auf den Abbau von Lehrerstellen zugunsten der Bildung kleinerer Klassen und**
183 **einer Verbesserung der Lehrer - Schüler - Relation zu verzichten und die im Koalitionsvertrag**
184 **festgelegten Klassenhöchstgrenzen von 22 Kindern für die Grundschule und 25 Schülerinnen**
185 **und Schüler für die weiterführenden Schulen rechtsverbindlich festzulegen.**

186